

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913**

22.1.1913 (No. 21)



# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

N<sup>o</sup> 21

Mittwoch, den 22. Januar 1913

156. Jahrgang

Expedition:  
Rast Friedrich-Str. 14 (Fernsprech-  
anschl. Nr. 194), wochentags  
in Empfang genommen werden.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;  
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.  
Einrückungsgebühr: die 6 mal gepaltene Pettizelle oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte  
werden nicht zurückgegeben und es wird kei-  
nerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung  
übernommen.

**Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung,  
Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden“,  
für die Monate**

**Februar und März**

**nimmt jede Postanstalt entgegen.**

**Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.**

### Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben sich unter dem 15. Januar 1913 gnädigt bewogen gefunden, dem königlich Preussischen Hauptmann von Scholz, Kompanie-Chef im Infanterieregiment Prinz Moritz von Anhalt-Dessau (5. Pommerschen) Nr. 42, das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub und dem königlich Preussischen Hauptmann Petersen beim Stabe des 6. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 95 das Ritterkreuz zweiter Klasse Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben sich gnädigt bewogen gefunden, dem Gendarmen Leopold Genter in Baden die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm verliehenen königlich Schwedischen Silbermedaille mit der Krone zu erteilen.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staats-eisenbahnen vom 15. Januar 1913 wurden die Eisenbahn-assistenten Emil Belzner in Bretten, Adolf Maier und Karl Müller in Karlsruhe und Karl Klumpp in Singen zu Eisenbahnsekretären ernannt.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staats-eisenbahnen vom 17. Januar 1913 wurden die Obersta-tionskontrollen Philipp Ritter in Viberach-Zell nach Einsheim (Elsenz) und Joseph Maier in Gaggenau nach Viberach-Zell versetzt.

Die Bestellung ständiger Sachverständigen für gerichtlich-chemischen Untersuchungen betr.

Professor Dr. Wilhelm Autenrieth, 1. Assistent am chemischen Laboratorium der Universität Freiburg, ist von uns unterm 21. Dezember 1912 zum ständigen Sach-berständigen für gerichtlich-chemische Untersuchungen — mit Ausnahme der Untersuchungen von Nahrungs- und Genußmitteln, sowie von Gebrauchsgegenständen — im Sinne des § 73 Abs. 2 der Str. P. O. für die Landgerichts-bezirke Freiburg, Waldahut und Konstanz an Stelle des von diesem Amt zurückgetretenen Geh. Hofrats Professor Dr. Kiliani ernannt worden; seine allgemeine Beedi-gung ist bereits am 2. Mai 1892 erfolgt. (Sonderab-druck im Staatsanzeiger 1911 Seite 46).

Zum Stellvertreter Autenrieths ist gleichzeitig der As-sistent am chemischen Laboratorium der Universität Frei-burg, Professor Dr. Franz Knoop, bestellt und am 10. Januar 1913 durch das Amtsgericht Freiburg im Allge-meinen beedigt worden.

Die Gebühren der Sachverständigen sind auf 20 M. für den Tag (dieses zu acht Arbeitsstunden gerechnet) neben Vergütung der Reisekosten und Auslagen für Reagentien festgesetzt.

Die Bestellung des Professors Dr. Walter Straub, Di-rector des Pharmakologischen Instituts der Universität Freiburg, als Sachverständiger (vgl. Sonderabdruck des Staatsanzeigers 1911 Seite 205) bleibt aufrecht erhalten. Der weitere Sachverständige Professor Dr. Emil Küster in Freiburg (Sonderabdruck des Staatsanzeigers 1912 Seite 27) ist auf 2 Jahre beurlaubt.

Karlsruhe, den 18. Januar 1913.  
Ministerium des Großh. Hauses der Justiz und des Auswärtigen.  
Der Ministerialdirektor:  
Hübisch.

Die Bestellung des Professors Dr. Walter Straub, Di-rector des Pharmakologischen Instituts der Universität Freiburg, als Sachverständiger (vgl. Sonderabdruck des Staatsanzeigers 1911 Seite 205) bleibt aufrecht erhalten. Der weitere Sachverständige Professor Dr. Emil Küster in Freiburg (Sonderabdruck des Staatsanzeigers 1912 Seite 27) ist auf 2 Jahre beurlaubt.

Karlsruhe, den 18. Januar 1913.  
Ministerium des Großh. Hauses der Justiz und des Auswärtigen.  
Der Ministerialdirektor:  
Hübisch.

Karlsruhe, den 18. Januar 1913.  
Ministerium des Großh. Hauses der Justiz und des Auswärtigen.  
Der Ministerialdirektor:  
Hübisch.

### Bekanntmachung.

Die Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeits-  
verdienstes landwirtschaftlicher Arbeiter nach der Reichs-  
versicherungsordnung betr.

Wir bringen zur öffentlichen Kenntnis, daß auf Grund  
des § 936 der Reichsversicherungsordnung der durch-  
schnittliche Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirt-  
schaftlicher Arbeiter für den Bezirk des Großh. Oberver-  
sicherungsamts Mannheim mit Wirkung vom 1. Januar  
1913 an festgesetzt ist, wie folgt:

Ordnungszahl	Amtsbezirke	Jahresarbeitsverdienst							
		1. für jugendl. Pers.				2. für erwachs. Pers.			
		unter 14 Jahren	von 14 bis 16 Jahren	von 16 bis 21 Jahren	über 21 Jahre	männl. Lohn	weiblich	männl. Lohn	weiblich
<b>Mannheim:</b>									
1 a.	die Stadtgemeinde Mannheim mit Vor- orten	—	—	600	500	850	700	1050	750
b.	die übrigen Gemein- den des Amtsbezirks	—	—	520	370	800	550	900	650
<b>Heidelberg:</b>									
2 a.	die Stadtgemeinde Heidelberg mit Vor- orten	—	—	600	450	800	550	1000	700
b.	die übrigen Gemein- den des Amtsbezirks	200	150	450	350	700	500	820	580
<b>Schweiningen:</b>									
3 a.	der ganze Amtsbezirk mit nachstehender Ausnahme	200	150	600	450	750	600	900	600
b.	für die forstwirtschaft- lichen Arbeiter der Gemeinden Brühl, Hodenheim, Ketsch und Hirschheim	—	—	600	500	900	600	1050	750
<b>Weinheim:</b>									
4 a.	die Stadtgemeinde Weinheim	—	—	500	350	700	500	850	550
b.	die Gemeinden: Groß- sachsen, Heidesheim mit Nudensturm u. Straßenheim, Gens- bach, Hohenbach, Lauenbach, Leuters- hausen, Mittelbach, und Sulzbach	—	—	400	300	650	450	750	520
c.	die Gemeinden: Ober- stedenbach, Huppen- weiler, Mühlweier und Ufenbach	—	—	350	275	600	420	700	500
<b>Wiesloch:</b>									
5 a.	die Stadtgemeinde Wiesloch u. Waldhof	200	150	550	300	800	500	850	550
b.	die Gemeinden: Hor- tenberg, Malschen- berg, Kettigheim, Rot- hofen u. Zainbach	150	100	350	275	600	420	700	500
c.	die Gemeinden: Bate- tal, Dießheim, Malsch, Mühlhausen, Nau- enberg, St. Leon	200	150	400	300	650	460	750	520
6	Wertheim	180	180	350	250	550	400	700	500
7	Malsch	—	—	430	250	600	430	700	500
8	Einsheim	80	50	360	270	600	420	700	500
9	Zauberhofsheim	—	—	350	250	600	420	700	500
10	Buchen	—	—	350	250	550	400	650	450
11	Eberbach	—	—	300	200	450	300	600	400
12	Eppingen	150	120	360	270	600	420	700	500
13	Welsheim	—	—	350	250	550	400	650	450
14	Bogberg	—	—	350	250	550	400	650	450

Mannheim, den 20. Januar 1913.

Großh. Oberversicherungsamt.  
Brecht.

(Fortsetzung des „Staatsanzeigers“ im 2. Blatt.)

### Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 21. Januar.

#### Die Balkankrise.

\* Die inspirierte türkische Presse bereitet die öffentliche  
Meinung auf die Antwort vor, welche der Note der  
Mächte entgegenkommt. „Zeni Gazetta“ hebt hervor,  
welche großen Schwierigkeiten für die Türkei angesichts

der Mächte durch die Ablehnung entstehen würden, und  
erklärt, es sei in einem solchen Augenblick nicht geboten,  
Rechtsprinzipien und Verträge zu prüfen. Die Rettung  
des Landes sei nur möglich, wenn man mit den Tatsachen  
rechne und ohne Zaudern vernunftgemäße Entschlüsse  
fasse. „Zdam“ behandelt die Mitteilungen einiger Zei-  
tungen, in denen erklärt wird, die Pforte würde durch  
fortgesetztes Nachgeben ihr Prestige verlieren und durch  
Opfer nichts erreichen und sagt, die Pforte müßte die  
politische und militärische Lage berücksichtigen und nicht  
zaudern, den durch die Umstände ihr auferlegten Opfern  
zuzustimmen und versuchen, die von den Großmächten  
gemachten Versprechungen auszunützen.

Wie das Reuter'sche Bureau erfährt, ermächtigte der  
bulgarische Premierminister Geshow die Delegierten in  
London dem Oberkommandierenden General Sawow di-  
rekt zu telegraphieren, die Feindseligkeiten wieder auf-  
zunehmen, wenn sie meinen sollten, daß für den Frie-  
densschluß keine begründete Aussicht mehr bestehe. —  
Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen,  
daß die Soldaten der Balkanverbündeten spätestens im  
Februar zur Bestimmung ihrer Ader zurückkehren müssen,  
da sonst eine Hungersnot unvermeidlich wäre.

Konstantinopel, 20. Jan. Der Tag der Zusammen-  
kunft der beratenden Versammlung ist noch nicht endgül-  
tig festgesetzt. Wenn der Ministerrat heute zusamen-  
tritt könnte die Versammlung nicht vor übermorgen zu-  
sammentreten. Die ratgebende Versammlung wird un-  
ter dem Vorsitz des Großwesirs tagen und es werden  
an ihr die meisten Senatoren, die Präsidenten der Sek-  
tionsräte des Staatsrates, die Unterstaatssekretäre, die Sek-  
tionschefs der Ministerien für Justiz, Krieg und Ma-  
rine und einige andere Direktoren des Departements  
der Kultur teilnehmen. Das Beamtenelement scheint vor-  
herrschend zu sollen.

#### Die militärischen Chancen im Falle des Wiederausbruchs des Balkankrieges.

Von Generalmajor v. Loebell.\*

Ausgenutzt haben selbstverständlich sämtliche Krieg-  
führenden Mächte die Zeit des Waffenstillstandes zur  
Reetablierung der Streitkräfte. Die Türken vermochten  
ihre Mobilmachung zu vollenden, die Verteidigungs-  
stellung auszubauen, Proviant und Munition sicherzu-  
stellen, die Verbände neu zu ordnen, die unbrauchbaren  
Mannschaften durch brauchbare, ausgebildete zu ersetzen;  
ja ihr türkischer General Muktar Pascha konnte seine  
Wunden ausheilen lassen. Außerdem gemanneten Türken  
und Bulgaren Zeit, ihren schlimmsten Feind, die Cholera,  
erfolgreich zu bekämpfen. Auch die Bulgaren vermochten  
die in Anbetracht des Zustandes der Zufuhrstraßen sehr  
schwierige Verproviantierungsfrage ihrer weit vorge-  
schobenen Armee zu lösen und die schweren Geschütze her-  
anzuziehen. Freilich war das nur dadurch möglich, daß  
sie von den Türken das Zugeständnis erlangten, während  
des Waffenstillstandes die Adrianopels Werke berührende  
Bahnlinie benutzen zu dürfen. Als den Türken als  
Gegenleistung die Verproviantierung der Festung nicht  
zugebilligt wurde, hätten diese die Feindseligkeiten sofort  
wieder aufnehmen und die bulgarischen Provianttrans-  
porte mit Beschlag belegen sollen. Adrianopel ist nun  
einmal der Brennpunkt, um dessen Besitz sich alles dreht;  
vermag es sich, wie es heißt, noch Wochen zu halten, wird  
die Fortsetzung des Feldzuges den Bulgaren unbedingt  
erschwert, zumal ein Teil der Belagerungsgeschütze ent-  
fernt sind. Die Waffenstillstandszeit bedeutet für die  
tapfere Besatzung der Festung eine arge Schwächung der  
Verteidigungskraft. Bedeutende Teile des serbischen  
Heeres werden sich inzwischen mit dem bulgarischen Heere  
vereinigt haben, so daß, wird der Feldzug fortgesetzt, den  
Serben das Siegen nunmehr nicht so leicht gemacht wer-  
den dürfte, als bisher. Das tüchtige bulgarische Heer ist  
am Ende seiner Kraft; war ihm doch die Hauptaufgabe  
zugefallen, und seinem energischen Nachdrängen hatte  
das freilich durch Hunger und Munitionsmangel ge-  
schwächte, durch Panik desorganisierte Türkenheer nicht  
standhalten können. In der Tschataldscha-Verteidigungs-  
linie werden etwa 200 000 Türken 300 000 Verbündeten

\* Anmerkung der Redaktion: Wir halten zwar den Wieder-  
ausbruch der Feindseligkeiten für unwahrscheinlich; die  
Darlegungen unseres Mitarbeiters bleiben jedoch trotzdem  
interessant.

gegenüberstehen. Die Türken befinden sich aber hier in ihrem Element und sind wohl vorbereitet. Jeder Sturmversuch wird viel Blut kosten; dennoch dürfte die zähe Verteidigung dieser Linie kaum eine entscheidende Wendung herbeiführen. Es sei denn, daß sich die Balkanheere hier vollkommen verbluten; aber auch dann wären die Türken zu einer die Entscheidung herbeiführenden Offensive nicht fähig; das hat der erste Teil des Feldzuges erwiesen. Die Verbündeten haben es nicht nötig, alles auf eine Karte zu setzen und sich an der sturmfreien Stellung die Köpfe einzurennen; auch sie werden sich eingraben und den Türken das Angreifen überlassen. Wir werden das Spiel auf der Friedenskonferenz erneut betrachten können; fast untätig wird man sich gegenüberliegen, um abzuwarten, wer dies am längsten auszuhalten vermag. Einmal muß Adrianopel und Skutari fallen; dann haben die Balkanmächte alles Land, das sie in dauernden Besitz zu nehmen gedenken, besetzt und richten sich häuslich dort ein, woran sie niemand hindern wird. Österreich, Rußland und Rumänien müssen gerüstet ausdauern und Serbien bleibt Brandherd.

Die Großmächte, die einen dauernden Frieden und auf Jahre hinaus geordnete Verhältnisse herzustellen anstreben, müssen wohl auch ferner die Balkanstaaten in der Adrianopelstrasse unterstützen; sie werden andererseits aber auch in Zukunft bestrebt sein, die Türkei kräftig zu erhalten; deshalb können sie nicht dulden, daß die Stützen des Marmarameeres und der Dardanellen sowie die vorgelagerten Inseln in anderen Besitz übergehen. Durch die Fortsetzung des Feldzuges tritt demnach in der politischen Lage keine Änderung ein. Freilich, die Türken gefährden so oder so ihren asiatischen Besitz; wenn sie noch kämpfen, geschieht es zur Wiederherstellung ihrer Waffenehre, und dies ist des blutigen Einsatzes vielleicht wert.

### Die Ratifikation des Haager Schiedsabkommens vom 18. Oktober 1907

Bekanntlich wurde am 18. Oktober 1907 auf der 2. Haager Konferenz das Abkommen zur friedlichen Schlichtung internationaler Konflikte zustande gebracht, welches eine Erweiterung und Verbesserung desselben Abkommens vom 29. Juli 1899 der 1. Haager Konferenz darstellt. Für jeden, der sich für die Friedens- und Verständigungsbewegung unter den Völkern erwärmt — und wer sollte das nicht tun? — heißt dieses Abkommen im Mittelpunkt des Interesses. Denn es wurde damit der permanente Schiedsgerichtshof in Haag geschaffen, der so bereits 11 Fälle internationaler Streitigkeiten zu allseitiger Zufriedenheit erledigt hat und über den ihm zuletzt im verbreiteten Streitfall zwischen Frankreich und Italien wegen der Festnahme der Dampfer „Carthage“ und „Manouba“ noch sein Urteil sprechen soll.

Weniger bekannt scheint die Tatsache zu sein, daß von den 44 Staaten der Welt, die an jener 2. Haager Konferenz teilnahmen, erst 23 Staaten — also die Hälfte — das Abkommen ratifiziert haben, daß wir also noch keineswegs dahin gelangt sind, daß das Abkommen in allen Ländern Geltung hat. Folgende Staaten haben ratifiziert, nach dem neuesten aus dem Haag vorliegenden Bericht (alphabetisch geordnet): Belgien, Bolivien, China, Dänemark, Deutsches Reich, Frankreich, Guatemala, Haiti, Japan, Luxemburg, Mexiko, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich-Ungarn, Portugal, Rumänien, Rußland, Salvador, Schweden, Schweiz, Siam, Vereinigte Staaten. Somit haben das Abkommen noch immer nicht ratifiziert: Argentinien, Brasilien, Bulgarien, Chili, Columbien, Cuba, Dominikanische Republik, Ecuador, Griechenland, Großbritannien, Italien, Montenegro, Panama, Paraguay, Peru, Persien, Serbien, Spanien, Türkei, Uruguay, Venezuela.

Wir sind jetzt 1913, d. h. zwei Jahre vor der 3. Haager Konferenz, die für 1915 festgesetzt ist und in dem Schlußakt der 2. Haager Konferenz im Jahre 1907 ist der Wunsch niedergelegt worden, daß 2 Jahre vor dieser Konferenz die Regierung eines jeden Landes ein vorbereitendes Komitee ernennen möge, um die Punkte, die zum Zwecke einer friedlichen Verständigung und zur Ausarbeitung eines Programmes in Betracht kommen, vorher durcharbeiten. (Das ist bis jetzt erst in sehr wenigen Ländern geschehen.) Das Allerdingendste ist nun aber doch, daß das Abkommen I zur friedlichen Schlichtung internationaler Konflikte sobald als möglich in allen Ländern ratifiziert wird und alle unsere Anstrengungen müssen dahin zielen, daß diese Ratifizierung erfolgt.

Darum hat der XIX. Weltfriedenskongress im September in Bern das internationale permanente Friedensbureau ersucht, an die Regierungen einen pressanten Appell zu richten, diese Ratifizierung in kürzester Zeit vorzunehmen und die kurz vorher tagende XVII. Interparlamentarische Konferenz beauftragte die betreffenden Gruppen der Union, bei den Regierungen der noch säumigen Staaten dringend betreffs Ratifizierung des Abkommens vorstellig zu werden. — Wie ist es sonst möglich, den Wunsch der 2. Haager Konferenz zu realisieren, welcher in dem Schlußakt ausgesprochen ist und welcher als Anhang das Projekt eines Abkommens betreffs Einrichtung eines wirklich ständigen Schiedshofes in 35 Artikeln enthält? Darin wird beabsichtigt, einen ständigen Schiedshof mit auf 12 Jahre ernannten, fest besoldeten Richtern zu schaffen. Um also ein neues Projekt auszuarbeiten, und das Prinzip der internationalen Schied-

sprechung weiter zu entwickeln und einen weiteren Fortschritt zu erreichen, ist es nötig, daß das jetzt geltende Abkommen auch von allen Staaten ratifiziert wird.

Es ist übrigens sehr interessant, sich die beiden obigen Verzeichnisse näher anzusehen, denn es ist frappierend zu bemerken, daß die Kriege des letzten Jahres von Staaten geführt worden sind, die das Abkommen nicht ratifiziert haben. Man mag über die an sich bedauerlichen Kriege denken wie man will, sie sind eine Phase der Entwicklung, ein Zeichen der sich vollziehenden Weltorganisation. Die asiatische Türkei mußte über kurz oder lang der europäischen Kultur weichen und kraftvolle Nachfolger der schwachen Türkei werden im Einverständnis mit den Großmächten den neuen Ländern einen segensvollen Aufschwung geben.

Da die kriegsführenden Länder, Italien, Türkei, Bulgarien, Serbien, Griechenland, Montenegro sämtlich das I. Abkommen nicht ratifiziert haben, so können auch die Bestimmungen desselben auf sie keine Anwendung finden. So hat man z. B. gefragt, warum die Türkei nicht den Artikel 48 des Abkommens sich zunutze machte, und Herr Wm. Stead machte ja seiner Zeit eigens zu dem Zweck die Reise nach Konstantinopel. Dieser Artikel 48 besagt nämlich, daß eine der Vertragsmächte im Konfliktfalle eine Note an das Internationale Bureau des ständigen Haager Schiedsgerichtshofes senden kann mit der Erklärung ihrer Bereitwilligkeit, den Streit einem Schiedsgericht zu unterbreiten und daß das Internationale Haager Bureau diese Erklärung sofort zur Kenntnis der gegnerischen Macht bringen soll.

Diese in sehr lobenswerter Weise vorgesehene Bestimmung des Artikels 48 wurde einem Gegner, der ein solches Anerbieten ablehnt, in einer solchen Lage vor der ganzen Welt bringen, aber der Artikel konnte keine Anwendung finden, weil weder Italien noch die Türkei das Abkommen ratifiziert haben. Der Friede der Welt würde durch eine allgemein durchgeführte Ratifizierung schon auf einer viel sichereren Basis ruhen. Das ist also die Hauptaufgabe, vor der wir stehen.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die ruhige Haltung Rumäniens in den jetzigen Kriegsjahren sehr wahrscheinlich ihren Grund in der Tatsache hat, daß Rumänien fast sämtliche 13 Konventionen der 2. Haager Konferenz ratifiziert hat, und sich dadurch vorteilhaft von den anderen Balkanländern abhebt, welche nichts ratifiziert haben.

Wie wenig erst die Kenntnis über die Bedeutung der Ratifizierung in Fleisch und Blut übergegangen ist, beweist ein Satz, der in der Eröffnungsansprache des Mr. Nicolas Murray Butler als Vorsitzenden der Lake Mohant-Konferenz am 15. Mai 1912 zu lesen ist. Er sagte da nämlich: „Ein noch viel unglücklicheres und entmutigenderes Ereignis war der Ausbruch von bewaffneten Feindseligkeiten zwischen Italien und der Türkei, zwei Signatarmächten der Haager Konventionen von 1899, ohne daß irgendwelcher Gebrauch von den Bestimmungen dieser Konventionen gemacht wurde.“ Die Konvention I über die friedliche Beilegung internationaler Konflikte ist von Italien und der Türkei, wie wir oben gesehen haben, nicht ratifiziert worden. Die bloße Unterschrift (Signatur) der Vertreter der Staaten auf der Haager Konferenz bedeutet gar nichts. Damit eine Konvention gilt, muß sie ratifiziert und eine diesbezügliche Urkunde im Haag hinterlegt werden. Das haben weder Italien noch die Türkei getan, somit kann man diesen Ländern die Nichtbefolgung der Bestimmungen der Konvention nicht zum Vorwurf machen und die Ratifikationen von 1899 der ersten Konvention sind durch die neue Konvention von 1907 sowieso hinfällig.

Die von Dezember 1908 bis Februar 1909 in London tagende internationale Seerechtskonferenz hat am 26. Februar 1909 eine Deklaration erlassen, welche von sechs Staaten der 10 Teilnehmer unterzeichnet worden ist. — Die Deklaration ist ihre 71. Artikel sind aber in keinem Lande ratifiziert worden, also hat sie bis jetzt noch keine Gültigkeit.

### Politische Übersicht.

#### Staatssekretär Dr. Solf in Hamburg.

Staatssekretär Dr. Solf ist am Montag in Hamburg eingetroffen. Er besuchte die Handelskammer und machte einen Rundgang durch die Börse. Abends gab der Senat im Rathaus zu Ehren des Staatssekretärs ein Festmahl. Während desselben hielt der Präsident des Senats, Bürgermeister Dr. Schröder, eine Ansprache, in der er den Staatssekretär herzlich willkommen hieß. Dr. Solf betonte die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens zwischen der Kolonialverwaltung und dem Auswärtigen Amt u. gedachte in warmen Worten des verstorbenen Staatssekretärs von Aiderlen-Wächter. Insbesondere sei er mit Herrn von Aiderlen-Wächter darin einer Ansicht gewesen, daß in Afrika nicht die eine oder die andere Nation besondere Rechte für sich in Anspruch nehmen dürfe, sondern daß Afrika eine internationale Aufgabe biete, an deren Lösung alle Nationen zusammenarbeiten berufen seien. Der Staatssekretär gab sodann der Anerkennung für das gestern in Hamburg Gesehene, besonders für das Kolonialinstitut Ausdruck.

#### Fremdländische Bezeichnung deutscher Waren.

Die Handelskammer zu Bielefeld hatte an den Deutschen Handelstag das nachstehende Schreiben gerichtet: „In unserer letzten Handelskammeritzung ist der große

Mißstand zur Sprache gebracht worden, daß in Deutschland hergestellte Waren mit fremdländischen Bezeichnungen an den Konsumenten verkauft werden. Erfreulicherweise ist in unserem Bezirk festgestellt worden, daß in letzter Zeit das bessere Publikum die Abnahme derartiger Waren verweigert. Es dürfte daher im Interesse der beteiligten Lieferanten liegen, wenn auf diese Erscheinung von maßgeblicher Stelle aus hingewiesen und ihnen nahegelegt würde, von der Verwendung ausländischer Bezeichnungen abzusehen. Hierfür sprechen aber nicht allein wirtschaftliche, sondern auch nationale Gesichtspunkte. Nach unserem Dafürhalten müßte unbedingt ein für allemal mit dem noch im Publikum bestehenden Vorurteil, daß das ausländische Fabrikat besser als das einheimische sei, durch geeignete Aufklärung nach Kräften ausgeräumt werden. Wir bitten diese Veröffentlichungen in der Presse aufklärend wirken zu wollen, damit die fremdländischen Bezeichnungen für deutsche Waren immer mehr aus dem Handelsverkehr verschwinden.“ Der Vorstand des Deutschen Handelstages sprach sich dahin aus, daß in der Verwendung fremdländischer Bezeichnungen für deutsche Waren vielfach ein Mißbrauch anzutreffen sei. Es ist erwünscht, daß die Mitglieder des Deutschen Handelstages dahin wirken, daß dementsprechend verfahren werde.

#### Aus Heer und Marine.

Der Kaiser hielt am Montag die erste Befreiungsbesichtigung der Garde ab. Es wurden besichtigt die Leib-, 2., 8. und 10. Kompanie des ersten Garderegiments zu Fuß.

Militärflieger. Seit dem 2. Januar d. J. sind, wie die „Neue politische Korrespondenz“ mitteilt, der Militärfliegerschule in Döberitz auf die Dauer von vier Monaten 18 Offiziere der verschiedenen preussischen Armeekorps, die den Dienstgrad eines Hauptmanns bezw. eines Oberleutnants oder Leutnants angehören, zu ihrer Ausbildung durch dortige Piloten angeleitet worden. Zu gleichem Zwecke befinden sich mit gleicher Dauer seit dem 1. Dezember 1912, 8 Oberleutnants bezw. Leutnants bei der Militärfliegerschule in Halberstadt. Diese Offiziere beziehen für den ersten Monat ihres Kommandes Tagelohn und sodann monatlich eine Entschädigung von 200 M.

Verlobung am preussischen Hofe. Die Prinzessin Viktoria Margarete von Preußen, die einzige Tochter des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, hat sich heute mit dem Prinzen XXIII. August verlobt.

Staatssekretär von Jagow wurde, wie die „Volksstimme“ zufolge, in Rom am Montag vormittag vom Papst in Privataudienz empfangen. Nach dem Empfang besuchte v. Jagow auch den Kardinal Staatssekretär Merry del Val.

Vom Johanniterorden. Nach der „Neuen Politischen Korrespondenz“ wird Prinz Oskar Friedrich von Preußen am Freitag den 4. Januar ein Kapitel des Johanniterordens im Schloss Bellevue abhalten.

Deutscher Adelsstag. Der diesjährige Deutsche Adelsstag findet am Sonnabend den 15. Februar im Hotel Bristol zu Berlin statt. Auf der Tagesordnung befinden sich von allgemeinerem Interesse ein Vortrag des Generals der Kavallerie Freiherrn von Bissing über die Beteiligung des preussischen Adels an der schlesischen Adels- an der Erhebung im Jahre 1813, und ein Vortrag des Professor und Studiendirektors Dr. jur. Ritter und Ehren von Hoffmann über die Akademie für kommunale Verwaltung in Düsseldorf.

Der neu gewählte Landtag des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt wurde am Montag abend von dem Staatsminister Jehr. v. d. Rode eröffnet. In der Thronrede wird eine Abänderung des Staatsgrundgesetzes angekündigt, die die Rechte des Landtages genauer regelt. Ferner wird ein neues Wahlgesetz angekündigt. Statt der bisherigen 16 Abgeordneten sollen in Zukunft 24 Abgeordnete, von denen 12 aus allgemeinen Wahlen und 12 aus Vertretern der verschiedenen Berufsstände gewählt werden, den Landtag bilden.

Deutschlands wirtschaftliches Leben. Bei einem Festmahl des Vereins zur Förderung des Gewerbetreibenden in Berlin gab der preussische Handelsminister einen Rück- und Ausblick auf die wirtschaftliche Lage und sagte nach der „Vossischen Zeitung“: „Fast man immer ganzes wirtschaftliches Leben zusammen, so ergibt sich, auch jetzt ist unser wirtschaftliches Leben durch und durch gesund; es wird von Jahr zu Jahr kräftiger. Der Inlandskonsum steigt in jedem Jahre. So wird Deutschland wirtschaftlich und finanziell vom Auslande beständig unabhängiger. Wenn uns der Frieden erhalten bleibt — wir alle wollen es hoffen — wird die Meinung des Auslandes, daß Deutschland nicht auf eigenen Füßen stehe, bald überlebt sein.“

Abg. Bassermann als Beirat beim Aufsichtsamte für Privatversicherung. Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, ist Rechtsanwalt und Stadtrat Bassermann in Mannheim, Vorsitzender der Rastoverversicherungs-Gesellschaft auf Gegenfälligkeit, vom 1. Januar 1913 ab auf die Dauer von 5 Jahren zum Mitglied des Beirates beim kaiserlichen Aufsichtsamte für Privatversicherung ernannt worden.

#### Ausland.

Wien, 20. Jan. Erzherzog Rainer erkrankte vor einigen Tagen an griechischer Influenza. Am Abend des

Erkrankungstages trat ein Schüttelfrost ein. Die Temperatur stieg auf 39 Grad. Die Nacht auf den 19. Januar wurde durch Hustenreiz gestört, der Morgen des 19. war fieberfrei. Am Sonntag nachmittag stellte sich ein sehr heftiger Kolikanfall, von schwerem Schüttelfrost begleitet, ein. Die Temperatur stieg wiederum bedeutend. Das ganze Krankheitsbild deutet auf den Fall eines akuten Darmverschlusses hin. Das Symptom ist bis heute nicht behoben. Demgemäß gibt der Zustand zu ernstesten Besorgnissen Anlaß, zumal besonders Darmlähmungserscheinungen eintreten. Der Kaiser und die Mitglieder des Kaiserhauses erkundigten sich im Laufe des Tages wiederholt nach dem Befinden des Erzherzogs.

Paris, 20. Jan. Briand hat die Bildung des neuen Kabinetts übernommen.

## Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 21. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb und des Ministers Dr. Böhm entgegen. Nachmittags 3 Uhr empfing Seine königliche Hoheit den kommandierenden General General der Infanterie Freiherrn von Goiningen genannt Guene. Abends folgte der Vortrag des Geheimrats Dr. von Nicolai.

### Zu den Landtagswahlen.

\* Geistlicher Rat Wader sprach am Sonntag in Vörsach über die politische Lage in Baden. Er bezeichnete es als die wichtigste Aufgabe des Zentrums, die Sozialdemokratie zurückzubringen. Das Zentrum würde im Landtagswahlkampf zwischen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie immer auf der Seite der ersteren stehen, ohne daß den bürgerlichen Kandidaten irgendwelche Verpflichtung auferlegt werden solle.

Die Mannheimer „Volkstimme“ schreibt: „Die Neue Badische Landeszeitung“ bringt Mitteilungen über Verhandlungen zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei, die bezüglich eines Landtagswahlabkommens für den ersten Wahlgang geführt worden sein sollen. Wir sind vom Landesvorstand unserer Partei zur Veröffentlichung der Erklärung autorisiert, daß er von solchen Verhandlungen nichts weiß. Er hat keine Anträge solcher Art erhalten, um zu ihnen Stellung nehmen zu können. Auch hat er seinerseits keine Schritte nach dieser Richtung hin unternommen. Mit dieser Erklärung erheben sich wohl alle, in den letzten Tagen aufgetauchten Kombinationen.“

M. Mannheim, 18. Jan. Die Stadtgemeinde hat seit 1. Mai 1911, unabhängig von den Staatsarbeiten, eine weitere Arbeitslosenfürsorge in der Weise eingeführt, daß sie an Arbeiter, die bei der heftigen Sparflut einen Gehalt in bestimmter Höhe verfügen, unter gewissen Voraussetzungen im Falle unverschuldeter, unfreiwilliger Arbeitslosigkeit Zuschüsse zu den von der Sparflut zurückgehobenen Gehältern leistet. Diese Einrichtung hat bisher keinen Anlaß bei den Arbeitern gefunden. Es wurde daher bei der letztjährigen Beratung des Voranschlags in einer von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion eingebrachten Resolution, die der Bürgerversammlung damals mit geringer Majorität angenommen, der Stadtrat erachtet, eine neue Vorlage über die Arbeitslosenversicherung auszuarbeiten und dem Bürgerversammlung zugehen zu lassen. Darin sollte der Grundgedanke zum Ausdruck gelangen, daß die Mitglieder der Berufsvereine den Sparern der bestehenden Einrichtung gleichgestellt werden, d. h. es sollte ihnen Unterstützung aus der Stadtkasse ohne den Nachweis des sonst verlangten Sparverhaltens gewährt werden. Infolge dieser Resolution setzte der Stadtrat zur Prüfung der Frage eine besondere Kommission ein, die sich mit der ihr zugewiesenen Aufgabe in mehreren Sitzungen beschäftigte und einstimmig zu folgendem Ergebnis gelangte: Die bestehende Sparereinstellung soll aufgehoben und durch eine neue Arbeitslosenfürsorge ersetzt werden, nach deren Bestimmungen sowohl Zuschüsse an Mitglieder von Berufsvereinen mit Arbeitslosenunterstützung (Center System) zu der von dem Berufsverein geleisteten Arbeitslosenunterstützung als auch Zahlungen an nichtorganisierte Arbeitnehmer und an Mitglieder von Berufsvereinen ohne Arbeitslosenunterstützung zu leisten sind. Der Stadtrat hat nun einstimmig die von der Kommission hierfür ausgearbeiteten Bestimmungen genehmigt. Die neue Regelung soll vom 1. Juli an in Kraft treten.

M. Mannheim, 20. Jan. Die endgültige Abrechnung der Jubiläums-Ausstellung von 1907 liegt nun, nachdem alle Prozesse und sonstigen Geschäfte abgewickelt sind, vor. Danach verblieb ein Kassenvorrat von 5400 M. Der Stadtrat hat dem Ausstellungsvorstand Entlastung erteilt und beschlossen, die genannte Summe als Fonds für die didaktischen Ausstellungen des Freien Bundes zur Einbürgerung der bildenden Kunst in der Kunsthalle zu verwenden. — Der Stadtrat ist der Deutschen Vereinigung für Säuglingsfürsorge in Berlin beigetreten. — Der Bezug von lebendem Schlachtvieh aus Holland soll solange eingestellt werden, bis die gegenwärtig gestiegenen Viehpreise wieder auf den alten Stand zurückgehen.

oc. Zugenhausen, 20. Jan. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Ph. Lichtner einstimmig wiedergewählt.

E. Freiburg, 20. Jan. Der Bürgerversammlung ist auf den 30. d. Mts. zu der ersten Sitzung im neuen Jahr einberufen, in welcher er außer über die von früher her zurückgestellte Vorlage betr. Neu- und Umbauten auf dem städt. Nieslgut Mundenhof über sechs weitere, finanziell minderbedeutende Anträge des Stadtrats zu beraten und zu beschließen haben wird; nämlich über die Übernahme einer baulichen Veränderung im Realgymnasiumsgebäude behufs Vermehrung der Klassenräume durch Ausbau des Dachbodens im Nordflügel (Kostenvoranschlag 50 000 M.) ferner über den Verkauf von Hintergebänden an der Burgunderstraße (437 qm für 7344 M.) und den Kauf von Gelände am oberen Schloßberg (4097 qm), von Kaufmann Hermann Krebs für 25 000 M. Dieser Erwerb

bildet eine konsequente Fortsetzung der städtischen Schloßbergpolitik, welche seit langer Zeit darauf gerichtet ist, den herrlichen Berg, welcher immer mehr von der bewohnten Stadt umflammet wird und in ihren Mittelpunkt rückt, ohne Überstürzung, aber schrittweise und sicher in städtischen Besitz überzuführen. Die Stadt und ihre Stiftungen haben für diesen Zweck in den letzten Jahrzehnten bereits die ansehnliche Summe von 1 1/2 Millionen Mark aufgewendet, wodurch es der Stadt ermöglicht wurde, zu verhindern, daß der Schloßberg in einer den städtischen Zielen zuwiderlaufenden Weise verbaut und überhaupt verwendet werden kann. Hermann Krebs hat übrigens 1904 seiner Vaterstadt Freiburg ein Kapital von 60 000 M. zur Errichtung einer weltlichen Ortsstiftung geschenkt behufs Aufnahme armer Kinder in Heilanstalten oder Erholungsstätten. — Für die Kanalisation des Vorderen Kaslach werden sodann 125 000 M. und für den Erwerb eines Anwesens (von Matthias Ruch) an der Hauptstraße zwecks Erschließung von Baugebänden und Verlängerung der Rechenstraße 42 000 M. angefordert. — Schließlich wird vom Stadtrat für die Ausweitung des Geleises und den zweigleisigen Ausbau der Straßenbahn in der Bertholdstraße zwecks Verbesserung der Sicherheit und Pünktlichkeit des Verkehrs auf dieser Linie ein Kredit von 37 000 M. beantragt. — Die Neujahrsglückwunschkarteikarten haben ein Erträgnis von 1464 M. (1912: 1479 M.) abgeworfen, welches für Wohlthätigkeitszwecke (Armenaspe, verschämte Arme, außerordentliche Unterstützungsfonds) verwendet wird. — Der Stadtrat hat auf den Antrag des Gewerbesenats hin — vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses — die Erweiterung der Bauhandwerkerlehre und des Kunstgewerblichen Güterkurses zu einer zweijährigen Bauhandwerker- und Kunstgewerblichen Fachschule genehmigt. Ferner soll für Blechner und Installateure ein praktischer Kurs eingeführt und hierzu auch eine Werkstätte eingerichtet werden. Die erforderlichen Mittel für den Ausbau der Gewerbeschule und für Inneneinrichtung im Gesamtbetrag von 52 000 M. sollen beim Bürgerversammlung alsbald angefordert und durch Kapitalaufnahme gedeckt werden — die Stromabgabe aus dem städtischen Elektrizitätswerk für Licht- und Kraftzwecke hat im Jahre 1912: 2 150 734 M. gegenüber 1 882 226 M. im Vorjahre betragen. Die Zunahme beziffert sich somit auf 268 508 M. oder 14,3 Prozent. Auch die städtische Straßenbahn hat eine erfreuliche Weiterentwicklung zu verzeichnen. Die Einnahme aus Personenbeförderung sind von 624 076 M. im Jahre 1911 auf 662 903 M. im Jahre 1912 gestiegen. Die Mehreinnahmen belaufen sich darnach auf 38 827 M. oder 6,2 Prozent.

oc. Schönau i. B., 20. Jan. Bei der Bürgermeisterwahl in Akersteg wurde der seitherige Ortsvorsteher, Fabrikant R. Dietrich, der seit 24 Jahren Bürgermeister der Gemeinde ist, wiedergewählt.

### Aus der Residenz.

a. Großherzogliches Hoftheater. Bei der gestrigen Aufführung von Sundersmanns „Johannisfeuer“ zeichnete sich Herr Gemmecke in der Rolle des Hilfspredigers durch die vielbeachtende Kunst seiner Charakterisierung bestens aus. Die Auffassung der Rolle war reichlich durchdacht, ihre Durchführung im Einzelnen angenehm nuanciert. Seine harmonisch abgestimmte Darstellung erzielte so bei allen Kunstverständigen nachhaltige Wirkung. Die Leistungen der übrigen Mitwirkenden waren guter Durchschnitt. Mit auch das reibliche Bemühen des Fräulein Noorman als Marcella dankbar anzuerkennen, so reichten ihre künstlerischen und technischen Mittel zu einer vollen Bewältigung dieser reizvollen Charakterrolle doch keineswegs aus.

Großherzogliches Hoftheater. Die für Freitag den 24. Januar angeordnete Uraufführung von „Juliana“, nun wegen der Erkrankung des Herrn von Schwind verschoben werden. An Stelle von „Juliana“ wird am Freitag das Lustspiel „Eiteneisen“ von C. A. Hoff der Aufführung von Leo Walch's komischer Oper „Verriegelt“ vorausgeschickt werden.

J. K. Karlsruhe Jubiläums-Kunstaussstellung 1915. Zur Feier ihres zweihundertjährigen Stadtjubiläums im Jahre 1915 wird die Stadt Karlsruhe eine Jubiläums-Kunstaussstellung veranstalten. Mit dieser Ausstellung wird zugleich das ständige Ausstellungsgelände, das die Stadt Karlsruhe auf dem Festplatz errichten läßt, eingeweiht werden. Die Ausstellung soll ein umfassendes Bild zeitgenössischer Kunst geben; wobei auf eine bedeutende Repräsentation bayerischer Kunst besonderes Gewicht gelegt werden soll. Mit der künstlerischen Leitung der Ausstellung ist Professor Rudolf Hellweg betraut; die Eröffnung ist auf Anfang Mai 1915 festgesetzt.

Das Schwurgericht beurteilte den 26jährigen Tagelöhner A. Munk wegen Straßenraubs zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte hatte auf dem Wege durch die Wolfartsweiererstraße einen Arbeiter überfallen und seinen Geldbeutel an sich genommen.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

#### Die Balkankrise.

Athen, 21. Jan. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgenden Bericht aus Sanistelas vom 20. ds. Mts.: Der allgemeine Angriff wurde heute auf der ganzen Front wieder aufgenommen. Die Artillerie begann den Kampf um 8 Uhr früh und setzte das Feuer bis 6 Uhr nachmittags mit ausgezeichnetem Erfolg fort. Die Artillerie von Bisani schoß nach 11 Uhr mittags nur sehr schwach gegen den rechten Flügel der Griechen. Das Artilleriefeuer im Zentrum wurde nicht erwidert. Darauf folgte der allgemeine Angriff, durch den die Türken von den Höhen bei Lesiani vertrieben wurden. Die Griechen besetzten Loggessi, während sich die Türken in Unordnung auf Bisani zurückzogen. Gleichzeitig rückte der linke Flügel gegen die Höhen von Kanoliassa vor.

Berlin, 21. Jan. Staatssekretär a. D. und Admiral à la suite des Seeeffizierskorps, Mitglied des Herrenhauses, Fritz von Hollmann, geboren am 19. Januar 1842 zu Berlin, ist in vergangener Nacht in seiner Wohnung, Fasanenstraße Nr. 71, gestorben. Die Beerdigung findet voraussichtlich Freitag den 24. Januar auf dem Georgenfriedhofe in Berlin statt. Die Zeit ist noch nicht bestimmt.

Berlin, 21. Jan. Dem Militärwochenblatt zufolge ist Freiherr von Linder, General der Infanterie und Generalinspektor des Militärverkehreswesens, in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs mit der gesetzlichen Pension zur Disposition und gleichzeitig à la suite des Luft-

schifferbataillons Nr. 2 gestellt worden. — Prinz Friedrich von Sachsen-Meiningen, Herzog zu Sachsen, Generalmajor und Kommandeur der 20. Feldartilleriebrigade, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs mit der gesetzlichen Pension zur Disposition und gleichzeitig à la suite des 5. Badischen Feldartillerieregiments Nr. 76 gestellt worden.

Berlin, 21. Jan. Im preussischen Abgeordnetenhaus erklärte heute der Abg. Herold (Zentr.): Das Vorgehen Wetterlès mißbilligen wir einstimmig. Mit der Zentrumsparthei des Reichstages hat Wetterlès nichts zu tun. Die Elsaß-Lothringische Zentrumsparthei steht unserer Partei vollständig selbständig gegenüber.

Detmold, 21. Jan. Bei den gestern vorgenommenen Landtagswahlen der dritten Klasse wurde ein Christlich-Sozialer, 1 Fortschrittler und 1 Sozialdemokrat gewählt. In den übrigen vier Bezirken finden Stichwahlen zwischen den Fortschrittler und Sozialdemokraten statt. Heute wählt die zweite, morgen die erste Klasse.

Newyork, 21. Jan. Der Verhaftung eines gewerbmäßigen Brandstifters namens Stein sind in der vorigen Woche zahlreiche weitere Verhaftungen gefolgt. Die Anklagejury hat fünf neue Anklagen erhoben, darunter eine gegen den Versicherungsagenten und Feuerinspektor Breesmann, den Stein als seinen Mitschuldigen bezeichnet hat. Stein erklärte in einem Verhör, daß mehr als 1000 Bewohner des dichtbevölkerten Ostens der Stadt ihn gebeten hätten, ihre Häuser in Brand zu stecken, damit sie ihre Versicherungsprämie erhielten. Stein sagte weiter aus, daß Würste, die mit Benzin gefüllt waren, in den Häusern, wo das Feuer gelegt wurde, aufgehängt wurden, die dann explodierten und den Brand weiter verbreiteten. Ferner wurden besonders zubereitete Brandstiftungspulver verwendet, die nur sehr langsam brannten und es dem Brandstifter ermöglichten, sich in Sicherheit zu bringen, bevor der Brand entdeckt wurde.

### Verschiedenes.

Madrid, 20. Jan. Die Blätter bestätigen, daß der Dampfer „Veronese“ vollständig aufgegeben worden ist. Die Gesamtzahl der Ertrunkenen und Vermissten beträgt 43. Außerdem befinden sich 16 Passagiere schwer verletzt im Krankenhaus in Oporto. Der Kapitän und die Offiziere haben den Dampfer am Nachmittag verlassen, nachdem die Rettung der Besatzung und der Passagiere vollständig beendet war.

### Mitteilungen aus Kunst und Wissenschaft.

Aus Monte Carlo wird vom Montag gemeldet: Gejourn sollte das Zivilgericht von Monaco über das Ansuchen des Bagnerischen Erben um das Verbot der Aufführung des Parifal verhandeln, in Folge der Entscheidung des Fürsten, nach der die Aufführung zum mindesten im Laufe dieses Jahres nicht stattfinden dürfe, wurde das Begehren der Bagnerischen Erben gegenstandslos. Dem getroffenen Ausgleich zufolge tragen die beiden Parteien die Gerichtskosten zu gleicher Hälfte.

Aus Hochschonau in französischer Dep. Haute Vienne wird gemeldet, daß bei den Arbeiten in einem Steinbruch die Überreste der gallorömischen Stadt Bassina Nagus bloßgelegt wurden. Von den Behörden wurden Maßnahmen getroffen, um die Ausgrabungen unter Aufsicht von Sachverständigen fortzusetzen.

### Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe. V.: Paul Lauer, Schuhmann. — V.: Karl Köhler, Straßenbahnführer. — Ein Mädchen. V.: Wilhelm Kaiser, Fabrikarbeiter. — V.: Rob. Schaub, Mechaniker.

Todesfälle. Eugen, V.: Karl Herrmann, Malermeister. — Karl, V.: Karl Kronimus, Gasarbeiter. — Maria, V.: Paul Fried, Maschinenfeher. — Otto, V.: Karl Friedmann, Probiantarbeiter. — Karl, V.: Jakob Herde, Fabrikarbeiter.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrog. vom 21. Januar 1913.

An Tiefe etwas abnehmend ist die Depression, die gestern im Westen von Irland erschienen war, in das Binnenland hereingezogen; ihr Kern lag am Morgen über den Niederlanden und über Nordwestdeutschland. Im Osten Deutschlands herrichte am Morgen noch vielfach leichter Frost, im Südwesten waren dagegen bei stürmischen Winden die Temperaturen stark gefallen; im ganzen Westen regnete es. Die Depression wird voraussichtlich nur langsam abziehen, da sich ihr ein über dem Osten und Nordosten Europas gelegenes Hochdruckgebiet entgegenstellt, es ist deshalb unbeständiges und etwas kälteres Wetter mit zeitweisen Niederschlägen in Schauern zu erwarten.

### Wetternachrichten aus dem Süden

vom 21. Januar, früh:  
Lugano bedeckt — 1 Grad, Biarritz bedeckt 11 Grad, Triest heiter 5 Grad, Florenz bedeckt 8 Grad, Rom wolzig 5 Grad.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Abol. Feucht. in mm	Feuchtigkeitsgrad in Proz.	Wind	Himmel
20. Nachts 9 <sup>h</sup> 11.	741.0	6.9	4.5	60	SO	wolzig
21. Morgs. 7 <sup>h</sup> 11.	733.3	8.8	4.6	54	SW	bedeckt
21. Mittags. 2 <sup>h</sup> 11.	736.6	6.9	5.8	79	WSW	bedeckt

Höchste Temperatur am 20. Januar: 7.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 3.4.

Niederschlagsmenge, gemessen am 21. Januar, 7<sup>h</sup> früh: 1.3 mm.

Wasserkand des Rheins am 21. Januar früh: Schüttern in 1.32 m, gestiegen 2 cm; Neßl 2.33 m, gefallen 2 cm; Maxau 4.18 m, gestiegen 6 cm; Mannheim 3.78 m, gestiegen 24 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur G. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

### Todes-Anzeige.

Statt besonderer Anzeige.

Heute vormittag entschlief sanft nach kurzer, aber schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere treue Mutter, Schwester, Schwiegertochter, Tante und Schwägerin

## Frau Lina Kühn geb. Orth.

Karlsruhe, Darmstadt, Wiesbaden, den 20. Januar 1913.

Namens der tieftrauernden Hinterbliebenen:

**Dr. Adolf Kühn**, Geheimerat u. Ministerialdirektor.  
**Heinz Kühn**, Gerichtsassessor,  
**Adolf Kühn**, stud. med.,  
**Adi Kühn**, alle in Karlsruhe.

Die Feuerbestattung findet Donnerstag den 23. d. Mts., vormittags 11 1/2 Uhr, im Krematorium zu Karlsruhe statt. E.13

Während der sogenannten Weißen Woche veranstalten die unterzeichneten Firmen:

## Inventur- u. Saison-Räumungsverkauf

und gewähren wir bei Barzahlung

**Doppelte Rabattmarken oder 10% Rabatt**

von **Samstag den 25. Januar** E.12  
bis inkl. **Montag, 2. Februar**

**auf alle vorräufigen Lager-Waren**

**Otto Fischer** Kaiserstraße 130  
**Carl Glaser** Zirkel 27  
**Himmelheber & Vier** Kaiserstraße 171

**Christ. Oertel und Filiale** Kaiserstraße 101  
**Paul Roder** Werderplatz 48  
Kaiserstrasse 136.

## Bürgerkunde für Baden

von Glos

Deutsche Staats- und Rechtskunde

Zur Einführung in das öffentliche Leben der Gegenwart

Soeben erschien die fünfte Auflage (7. und 8. Tausend)

(XXIV und 548 Seiten) — Preis gebunden M 3.20.

In kaum Jahresfrist wurde die 4. Auflage verkauft

Dies ist gewiss der beste Beweis, daß die Glos'sche Bürgerkunde ihren Zweck, ein staatsbürgerliches Volksbuch für jedermann zu sein, vortrefflich erfüllt. Das Buch ist in weiten Kreisen Badens bereits gut bekannt, es eignet sich ebenso vorzüglich für Selbststudium, als auch zum Hilfsbuch beim bürgerlichen Schulunterricht.

Die Glos'sche Bürgerkunde gibt ein überaus anschauliches Bild von den Grundlagen unseres gesamten staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Reichs- und Landesstaatsrecht, Strafrecht und Strafprozeß, Zivilrecht und Zivilprozeß, die gesamte innere und äußere Verwaltung, das Militär- und Finanzwesen und schließlich die theoretische und praktische Volkswirtschaftslehre werden hier in leichtverständlicher und bei aller Wissenschaftlichkeit lebendiger und übersichtlicher Darstellung behandelt. Die neue, fünfte Auflage bringt das Buch auf den neuesten Stand der Gesetzgebung. Von besonderem Wert ist das beigegebene ausführliche Sachregister.

Das Großherzoglich Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts hat die vierte Auflage der Glos'schen Bürgerkunde für Baden amtlich empfohlen.

### Ein Urteil:

Oberlandesgerichtsrat Mainhard in „Karlsruher Zeitung“ 1912 Nr. 23. „Das Buch ist ein Les- und Lernbuch für jeden Mann, der sich über unsere Staats- und Rechtsverhältnisse unterrichten will, und kann als zuverlässiger Führer empfohlen werden; der Verfasser war ein liberaler Mann, der aber fest und treu auf konstitutionell-monarchischer Grundlage stand und von hier aus die Staatseinrichtungen und Gesetze betrachtete, ohne parteipolitische Vorurteile, aber voll edler Begeisterung für Kaiser und Reich und des deutschen Volkes Wohl. Darum kann Glos's Werk auch erzieherisch im besten Sinne für unser Volk wirken; und dabei ist durchaus nicht in erster Reihe an das zu denken, was man gemeinhin als „staatsbürgerliche Betätigung“ und „Volksrecht“ bezeichnet, das meist auf einseitig parteipolitische Stellungnahme hinausläuft; vielmehr will und kann Glos's „Bürgerkunde“ unseren Volksgenossen jeden Standes und Berufs und jeder Konfession und Klasse alle jene elementarsten Kenntnisse auf den wichtigsten Gebieten des gesamten Staats- und Rechtslebens vermitteln, die heute im täglichen, öffentlichen, wie privaten Leben unerlässlich sind zum Verständnis und zur richtigen Beurteilung der sich aufräumenden Erscheinungen. Wünschen wir dem trefflichen Buche auch in seiner neuen etwas veränderten Form weiteren segensreichen Erfolg!“

Ausführliche Prospekt mit Inhaltsübersicht kostenfrei. E.7

Zu beziehen ist das Buch (auch zur Ansicht) durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag:  
**G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe i. B.**

## Residenztheater

30 Waldstraße 30

### Dornen-Pfade

### Des Meeres u. d. Liebe Wellen

In der Hauptrolle **Lissi Nebuschka**, Kaiserlich russische Hofchauspielerin.

### Don Quichotte

Brächtig farbige Figur des

### Ritters v. der traurig. Gestalt

d. phant. Windmühlen- u. Hammelherden-Bekämpfers.

## Villa in Bad Rippoldsau

herrschaftlich möbliert mit 10 Zimmern und großem Garten für dieses Jahr

**zu vermieten.** E.9

Näheres durch **Christian Pfeiffer, Stuttgart, Schulstraße 17.**

## Für Gemeinden u. Grundbuchämter

2 Stück feuersichere Gewölbetüren, bei süddeutscher Grossbank entbehrlieh geworden, zum Abschluss von Grundbuchräumen sehr geeignet, preiswert abzugeben. :-: E.10

### Alfred Moch, Mannheim

Lieferant der Reichsbank, Rheinischen Creditbank, Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G., Rheinischen Hypothekenbank etc. etc.

## Universität Zürich.

Das Verzeichnis der Vorlesungen für das Sommersemester 1913 kann für 50 cts. (inkl. 10 cts. Porto) bezogen werden von der

Kanzlei der Universität. E.8

### Zu verkaufen.

Ab 1. Juli 1913 sind unsere beid. Häuser, Ettlingerstr. 59 u. Lauterbergstr. 2, direkt beim neuen Bahnhof, bei günstigen Hypothekenverhältnissen zu verkaufen oder die derg. Bureauzimmlichkeit z. vermieten. Dieselben sind für Geschäftsräumlichkeiten aller Art, Restauration oder Bureau besonders geeignet. D.343  
Zentralkasse der bad. landw. Ein- u. Verkaufsgenossenschaft, Karlsruhe, Ettlingerstr. 59. Tel. 279.

### Bekanntmachung.

Bei der heute stattgehabten stiftungsgemäßen Verteilung der Stipendien für Schüler der Großherzoglichen Technischen Hochschule dahier aus der Winter-Stiftung wurde von den für das Jahr 1913 zur Verwendung bestimmten 342 M. 84 Pf. den Studierenden Wilhelm Eckert aus Schlossau, Willy Fontaine aus Leubersbühl, Heinrich Finger aus Karlsruhe und Karl Ulmer aus Frankfurt a. M. Stipendien im Betrage von je 85 M. 71 Pf. zugewiesen, was gemäß § 6 der Stiftungsurkunde hiermit bekannt gemacht wird. E.7  
Karlsruhe, 18. Jan. 1913.  
Der Stabrat:  
**Dr. Kleinschmid**  
Neudorf.

### Beretreter für Hypotheken, Kauttionen, Betriebskapital, Darlehen etc. geg. Fixum los. gesucht.

Offerten unter E. 6 an die Expedition der Karls. Ztg.

### Grundstücke gesucht!

Wer ein Stadt- oder Land-Grundstück verschwiegen u. günstig verkaufen will, sende sofort seine Adresse an den **Deutschen Reichs-Central-Markt** Berlin NW. 7, Friedrichstr. 138. Besuch kostenlos! Kein Agent! Vertreter in allen Provinzen!

### Erklärung.

Die Firma **A. Kiefer & Cie., G. m. b. H.** in Amelingen, hat ihre Auflösung beschlossen. Als Liquidator fordere ich die Gläubiger der Gesellschaft auf, sich zu melden. Z.281.3.2  
Karlsruhe, 15. Jan. 1913.  
A. Kiefer.

### Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit  
3.245.2 Mannheim. Die Ehefrau des Tagelöhners **August Friedrich Jung, Elisabetha geb. Ulrich** in Mannheim, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Freis Rosenfeld**, klagt gegen ihren Ehemann, zurzeit an unbekanntem Orte abwesend, auf Grund des § 1567, Ziff. 2 BGB. mit dem Antrage auf Scheidung der zwischen den Parteien am 8. Dezember 1900 in Altkuhheim geschlossenen Ehe aus

Verfahren des Beklagten unter Kostenfolge. Die Klägerin laßt den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die V. Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Mannheim auf Freitag den 14. März 1913, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Mannheim, 10. Jan. 1913.  
Gerichtsschreiber des Großh. Landgerichts.

3.237.2 Adolfszell. Hermann **Oskar Brandau**, minderjährig, vertreten durch seinen Vormund Hermann **Dahme, Schmied**, beide in Carlshefen, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Schmidt** in Adolfszell, klagt gegen den Brauer **Gans Fahrmeier**, zuletzt in Gollmadingen, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, auf Grund des § 1708 BGB. mit dem Antrage auf Zahlung einer vorauszahlbaren Unterhaltsrente von vierteljährlich 45 M. an den Kläger von seiner Geburt — 8. August 1912 — bis zu seinem vollendeten 16. Lebensjahre.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großh. Amtsgericht Adolfszell, 2. Stad. Zimmer Nr. 37, auf Donnerstag, 3. April 1913, vormittags 10 Uhr, geladen.

Adolfszell, 15. Jan. 1913.  
Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.

### Strafrechtspflege.

Labung.

- 3.222.3 Mannheim.  
1. **Otto Kiefler**, geb. am 13. Juni 1890 in Herborn (Kreis Dill), zuletzt in Mannheim.
2. **Karl Osenoch**, geb. 25. Juli 1889 zu Büttstadt (Kreis Bensheim), Fabrikarbeiter, zurzeit in Lugenburg.
3. **Georg Michael Kose**, geb. 2. November 1889 zu Mannheim, Schlosser, zuletzt in Mannheim.
4. **Gustav Georg Koch**, geb. 1. Dezember 1889 zu Mannheim, zurzeit in West Hoboken (N.-Amerika).
5. **Michael Theodor Schreienberger**, geb. 29. Jan. 1890 zu Redarhausen, Tagelöhner, zurzeit in Amerika.
6. **Leo Daniel Blauth**, geb. 16. September 1890 zu Mannheim, zurzeit an unbekanntem Orte.
7. **Friedrich Karl Metzel**, geb. 26. Juli 1890 zu Mannheim, zurzeit in Amerika.
8. **August Thumm**, geb. 17. Februar 1890 zu Mannheim, Kellner, zurzeit in London.
9. **Heinrich Oskar Bronner**, geb. 22. Dezember 1890 zu Mannheim, Kellner, zurzeit in Buenos-Aires.
10. **Wilhelm August Forstner**, geb. 18. März 1890 zu Schriesheim, Kaufmann, zuletzt in Schriesheim.
11. **Adolf Schermann**, geb. 1. Juli 1889 zu Feudenheim, zurzeit in Südamerika.
12. **Anton Dirschberg**, geb. 9. Januar 1891 zu Straßburg i. E., zuletzt in Mannheim, werden beschuldigt: als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des kaiserlichen Meeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis entweder des Bundesgebiet verlassen zu haben oder nach erzieltem militärischlichem Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten. Vergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 StGB.

Dieselben werden auf Dienstag den 8. April 1913, vormittags 9 Uhr, vor die Strafkammer III des Großh. Landgerichts Mannheim zur Hauptverhandlung geladen, nachdem das Großh. Landgericht hier am 6. Jan. 1913 das Hauptverfahren eröffnet hat.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 StGB. von den Zivilvorstehenden der Strafkommissionen zu Dillenburg, Bensheim, Mannheim und Straßburg i. E. über die der Anklage zugrunde liegenden Tatsachen ausgestellten Erklärungen verurteilt werden.

Mannheim, 13. Jan. 1913.  
Der Großh. Staatsanwalt.